



GRÜN WIRKT WEITER:
FÜR EIN
JAHRZEHNT DES
ÖKOLOGISCHEN
UND SOZIALEN
AUFBRUCHS

Wo wir hinwollen und woran wir aktuell arbeiten

Grün wirkt weiter:

Für ein Jahrzehnt des ökologischen und sozialen Aufbruchs Wo wir hinwollen und woran wir aktuell arbeiten

Mit dem Jahreswechsel 2019/2020 hat ein neues Jahrzehnt begonnen. Wir wollen, dass es ein Jahrzehnt des ökologischen und sozialen Aufbruchs wird. Ob bei den Verkehrsproblemen in unseren Städten, den Demonstrationen für Klimaschutz und der Landwirtschaft, dem Kohleausstieg oder den sozialen Herausforderungen bspw. in den Bereichen Bildung, gesellschaftlicher Zusammenhalt, Wohnung, Daseinsvorsorge, überall ist klar: Es muss anders werden, damit es gut bleiben oder gut werden kann.

Seit 2014 können wir GRÜNEN Hessen wieder als Teil der Landesregierung gestalten. Wir haben in den vergangenen Jahren der Landespolitik eine neue Richtung gegeben. Die Weichen sind in die richtige Richtung gestellt. Hessen ist grüner und gerechter geworden. Jetzt kommt es darauf an, sich neuen Herausforderungen zu stellen, die nächsten Schritte auf dem eingeschlagenen Weg zu gehen und den Kurs einer ökologischen, sozialen und auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt setzenden Politik fortzusetzen und gegen Widerstände zu verteidigen.

Hierfür war das Ergebnis der Landtagswahl 2018 deutlicher Rückenwind. Die Bürger*innen haben uns GRÜNE zur zweitstärksten Kraft in unserem Land gemacht. Das empfinden wir als Auftrag und Verpflichtung beharrlich, engagiert und mit langem Atem an unseren Themen zu arbeiten. In einer vielfältigen, demokratischen Gesellschaft mit unterschiedlichen Interessen bedürfen Veränderungen Überzeugungskraft und Bereitschaft zu Kompromissen. Nicht alles gelingt sofort, manches wird immer wieder neu erkämpft werden müssen und natürlich ist das derzeit Machbare in der Regel noch nicht das langfristig Wünschbare. Es braucht beides: Klarheit in der Analyse und bei den Zielen sowie Maß und Mitte bei der Umsetzung. Wir wissen, dass wir allein von Hessen aus die Welt nicht retten können, aber wir können und wollen von Hessen aus unseren Beitrag dazu leisten. In diesem Sinne wollen wir ein Jahrzehnt des ökologischen und sozialen Aufbruchs gestalten.

Im Koalitionsvertrag haben wir ein ausführliches Regierungsprogramm für die gesamte Wahlperiode vorgelegt. **Mit dem vorliegenden Papier geben wir einen Überblick, wo wir hinwollen und was wir in diesem oder dem nächsten Jahr an nächsten Schritten auf den Weg bringen wollen oder bereits umgesetzt haben.**

Ökologischer Aufbruch

Klimaschutz, Umwelt, Natur, Biodiversität

Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt. Dieser Satz aus der Gründungszeit der GRÜNEN vor 40 Jahren war, ist und bleibt unsere Verpflichtung. Wir wollen, dass auch kommende Generationen einen lebenswerten Planeten, gesunde Lebensgrundlagen und eine vielfältige Natur vorfinden. Deshalb wollen wir in Hessen unseren Beitrag leisten, um die Erderhitzung zu stoppen und das Klima wirksam zu schützen. Unser Maßstab ist das 1,5-Grad-Ziel, auf das sich die Staatengemeinschaft bei der Pariser Klimakonferenz verständigt hat. Je schneller wir dieses Ziel erreichen, umso besser. Allein von Hessen aus können wir das Ziel nicht erreichen, dafür sind wir auf eine engagierte Klimaschutzpolitik des Bundes angewiesen. Wo wir als Land selbst und allein handeln können, wollen wir beispielhaft vorangehen.

Derzeit öffentlich nicht so stark beachtet, aber nicht minder wichtig für einen lebenswerten Planeten ist der Erhalt der Biodiversität, der Vielfalt an Tieren und Pflanzen. Neben dem Klimawandel ist dies die zweite große Herausforderung zum Schutz von Natur und Umwelt. Auch hier haben wir die Aufgabe, die Schäden zu begrenzen, die wir kommenden Generationen hinterlassen. Der Rückgang an Bienen und die „stillen Frühlinge“ sind für viele zum Symbol dafür geworden, dass auch hier etwas nicht stimmt. Unsere Natur ist vielfältig, lebt von dieser Vielfalt und soll so vielfältig bleiben. Deshalb haben wir in Hessen bereits die Biodiversitätsstrategie und zahlreiche weitere Maßnahmen auf den Weg gebracht.

Die nächsten Schritte (bereits umgesetzt oder ab 2020 geplant):

- Neues Klimaschutzziel für Hessen: minus 55% CO₂ bis 2030
- Energetische Sanierung und Klimaneutralität der Wohnungen der landeseigenen Nassauischen Heimstätte
- CO₂ neutrale Landesverwaltung bis 2030
- Klimaverträgliche Gestaltung der Dienstreisen der Landesregierung nach dem Prinzip „vermeiden, verlagern, kompensieren“
- Bessere Förderung des Klimaschutzes in den Städten und Gemeinden über das Programm „Klima Kommunen Hessen“
- Festlegung des nächsten Pakets „Prioritäre Maßnahmen“ aus dem Integrierten Klimaschutzplan, nachdem das erste Paket weitgehend abgearbeitet ist
- Evaluation und Fortschreibung des Integrierten Klimaschutzplans
- 12-Punkte-Plan „Wald und Klimawandel“ mit einem Gesamtvolumen von 200 Millionen Euro
- Ausweitung der Naturwälder auf 10 Prozent des Staatswalds
- Erweiterung Nationalpark Kellerwald
- Programm „100 wilde Bäche“ zur Renaturierung von Fluss- und Auenlandschaften
- Start der Plastikvermeidungsstrategie

- Änderung des Hessischen Naturschutzgesetzes auf Grundlage der Biodiversitätsstrategie
- Verbesserte Umsetzung des Natur- und Artenschutz durch Einrichtung weiterer Landschaftspflegevereinigungen

Verkehrswende

Ohne ein Umsteuern in der Verkehrspolitik wird wirksamer Klimaschutz nicht gelingen. Immer weniger Menschen sind – insbesondere in den Städten – bereit, die negativen Folgen des Individualverkehrs zu akzeptieren. Sie leiden unter Lärm, Abgasen, Flächenverbrauch und Innenstädten, die eher autogerecht als menschengerecht sind. Gleichzeitig stellen sich auf dem Land ganz andere Herausforderungen. Hier werden die Menschen auf absehbare Zeit sowohl auf einen intelligenten Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel als auch auf das Auto angewiesen sein. Aus diesen Gründen haben wir in Hessen die Verkehrswende eingeleitet. Schülerticket, Landesticket, Erhöhung der Mittel für Busse und Bahnen um 25%, Förderung des Radverkehrs, der Nahmobilität und des Zu-Fuß-Gehens, Ausbau des Schienennetzes und das Prinzip „Sanierung vor Neubau“ beim Straßenbau sind hier einige Stichworte. Wir wollen das Mobilitätsbedürfnis der Menschen anders, besser und verträglicher für Mensch und Umwelt gestalten: Nicht als Zwang, sondern in dem wir attraktive Alternativen schaffen und fördern.

Die nächsten Schritte (bereits umgesetzt oder ab 2020 geplant):

- Einführung eines landesweit gültigen Seniorentickets als weiteres Flat-Rate-Angebot nach dem Vorbild des Schülertickets; damit haben dann rund 50% aller Hess*innen ein Flat-Rate-Ticket
- Weitere Realisierung der Schienenausbauprojekte, wie beispielsweise Regionaltangente West, S6 nach Bad Vilbel/Friedberg, Anbindung Gateway Gardens und die ICE-Strecken Frankfurt-Fulda sowie Frankfurt-Mannheim
- Mehr Kapazität für den Frankfurter Hauptbahnhof: Dazu wird die Machbarkeit eines zusätzlichen Fernbahntunnels unter dem Hauptbahnhof geprüft
- Erhöhung der Mittel für kommunale ÖPNV- und Nahverkehrsprojekte um 20 Millionen Euro aus der „Starken Heimat“
- Aufstockung der Mittel für die Sanierungsoffensive durch Erhöhung des Straßenbauetats
- Erstmals eigenständiges Landes-Radewegebau-Programm im Landeshaushalt 2020, Erhöhung der Mittel auf 8 Millionen Euro und zusätzliches Personal zur Umsetzung der Vorhaben
- Förderung des Baus von Radschnellwegen (erster Weg zwischen Frankfurt und Darmstadt ist bereits begonnen)
- Entwicklung und Ausbau eines „Radwegenetzes Hessen“
- Hessisches Lärm-Sanierungsprogramm zur Reduzierung der Belastungen durch Verkehrslärm
- Aufbau und Etablierung des Kompetenzzentrums „Lärm- und Klimaschutz Luftverkehr“
- Förderung der E-Mobilität u.a. durch mehr E-Busse im ÖPNV, Verbesserung der Ladeinfrastruktur und Ladepunkten an allen Landesliegenschaften

Agrarwende

Wollen wir nicht dauerhaft über unsere ökologischen Verhältnisse leben, braucht es auch im Bereich der Landwirtschaft ein Umsteuern. Aus einer kranken Natur können keine gesunden Lebensmittel kommen. Auch der herzhafte Biss in ein Stück Fleisch sollte nicht mit dem Gedanken an quälere Tierhaltung verbunden sein. Für die Bäuer*innen muss es sich auch ökonomisch lohnen das für Mensch, Tier und Natur Richtige zu tun. Deshalb setzen wir uns für die Agrarwende ein. Die ganz großen Räder werden hier im Bund und in Europa gedreht. In Hessen wollen wir im Rahmen unserer Kompetenzen zeigen, was möglich ist, wenn es einen entsprechenden politischen Willen gibt.

Die nächsten Schritte (bereits umgesetzt oder ab 2020 geplant):

- Erhöhung der ökologisch bewirtschafteten Fläche auf 25%
- Hessen zur Öko-Modellregion für den Bund machen
- Tierschutz durch Verbot von Tiertransporten in 17 Nicht-EU-Länder
- Bundesratsinitiative zur Einführung einer Weidetierprämie
- Förderprogramm zum Ausstieg aus der Anbindehaltung bei Rindern
- Kein Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in Hessen
- Wiedereinführung Programm „Vielfältige Ackerkulturen“
- Weiterentwicklung der Glyphosat-Ausstiegsstrategie
- Einführung eines Meldesystems in Bezug auf Gülletourismus
- Ökolandbau als Querschnittsthema in der landwirtschaftlichen Ausbildung
- Förderung besonders tierschutzfreundlicher Ställe und klimafreundlicher Investitionen in den landwirtschaftlichen Betrieben
- Ernährungsstrategie für regionales und ökologisches Essen
- Erstellung eines Tierwohllaktionsplans für Hessen
- Einsatz für die Berücksichtigung neuer gesellschaftlicher Erwartungen hinsichtlich Klima, Umwelt-, und Naturschutz bei der bevorstehenden Überarbeitung der Agrarförderung (GAP-Reform)

Energiewende

Der Atom- und der Kohleausstieg sind beschlossen. Das Ende des Zeitalters der fossilen Energieträger ist eingeleitet. Jetzt geht es darum, das Zeitalter der Erneuerbaren Energien zu gestalten. Es geht nicht mehr, um das Ob der Energiewende, sondern nur noch um das Wie. Das scheinen einige zu vergessen, die weiterhin gegen Windkraft polemisieren. Sie bleiben die Antwort schuldig, woher der Strom denn dann kommen soll. Hessen kann Energiewende. Das haben wir in den vergangenen Jahren gezeigt. Hessen hat sich von einem der letzten Plätze innerhalb kürzester Zeit beim Windenergieausbau weit nach vorne gekämpft. Mit der Ausweisung von 2% der Landesfläche als Vorranggebiet haben wir gute Voraussetzungen, um diese Erfolgsgeschichte fortzuschreiben. Leider wurde der Ausbau durch die Beschlüsse der Großen Koalition in Berlin

jäh gebremst. Das, was wir in und von Hessen aus tun können, um hier für neuen Schwung zu sorgen, werden wir tun. Zur Energiewende gehört auch die Wärmewende. Denn die sauberste und günstigste Energie ist die, die gar nicht erst erzeugt werden muss. Uns leiten in beiden Bereichen in Bezug auf den Energieverbrauch die drei „E“s: Einsparung, Effizienz und Erneuerbar.

Die nächsten Schritte (bereits umgesetzt oder ab 2020 geplant):

- Verdoppelung des Anteils der Erneuerbaren Energien auf 24,5 Prozent des Stromverbrauchs
- Unterstützung des Ausbaus Erneuerbarer Energien, insbesondere der Windkraft, durch Beratung, Vereinfachung der Verfahren sowie Beteiligung der Kommunen an den Einnahmen aus Windkraftanlagen
- Weiterentwicklung der Landesenergieagentur zu einer eigenständigen Landeseinrichtung
- Stärkung der Energieberatung über die Landesenergieagentur mit besonderem Schwerpunkt Gebäudesanierung, um die Wärmewende voranzutreiben
- Beratung von Mieter*innen wie sie durch Mieterstrommodelle von Photovoltaik auf dem Dach oder hocheffizienten Blockheizkraftwerken im Keller profitieren können
- Weiterentwicklung des Solarkatasters, Erstellung von Informations- und Aufklärungsmaterial über die Energiewende, Förderangebote für innovative Solarenergiesysteme, Entwicklung einer Solarkampagne für Kommunen
- Start des Maßnahmenpakets „Roadmap Energie“ zur Operationalisierung der Energiewende (beinhaltet u.a. Förderung von Pilotprojekten zur Sektorenkopplung und eine digitalere und vernetztere Energiewende)
- Förderung der Energieeffizienz von Rechenzentren, die insbesondere in Frankfurt mittlerweile einen hohen Anteil am gesamten Stromverbrauch haben

Sozialer Aufbruch

Bildung von der Kita über Schule bis zu Ausbildung und Hochschule

Bildung ist einer der entscheidenden Schlüssel dafür, dass alle Menschen in unserem Land die gleichen Chancen haben und ein selbstbestimmtes Leben führen können. Der Zugang zu Bildung muss allen Menschen offenstehen – unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund oder dem ihrer Eltern. Alle sollen ihre unterschiedlichen Talente und Begabungen entfalten können und individuell gefördert werden. Deshalb investieren wir massiv in unsere Bildungseinrichtungen: von der Kita, über Schule und Ausbildung bis zu den Hochschulen. Dabei stehen für uns die Durchlässigkeit der Bildungseinrichtung, pädagogische bzw. wissenschaftliche Freiheit und der Ausgleich unterschiedlicher Startchancen im Mittelpunkt.

Die nächsten Schritte (bereits umgesetzt oder ab 2020 geplant):

- Schrittweise Steigerung der jährlichen Bildungs-Investitionen in unsere Kitas, Schulen und Hochschulen um weitere 750 Millionen Euro
- Verdopplung der Mittel, die den Kommunen aus dem Gute-Kita-Gesetz des Bundes zur Verfügung stehen durch das Programm „Starke Heimat“
- Stärkung der Qualität in der Kinderbetreuung durch mehr Personalkapazitäten, längere Betreuungszeiten und mehr Mittel für Kitas mit besonderen Herausforderungen
- Förderung der Investitionskosten für Kitas durch ein Landesprogramm mit einem Volumen von 92 Millionen Euro
- Mehr Fachkräfte für die Kitas durch die dualisierte und vergütete Erzieherausbildung und multiprofessionelle Teams
- Investitionen von 500 Millionen Euro im Rahmen des Bund-Länder-Digitalpakts Schule mit einem eigenen hessischen Schwerpunkt „Digitale Schule Hessen“ auf Medienkompetenz und die sinnvolle pädagogische Nutzung der Digitalisierung
- Die besten Schulen an den Orten mit den größten Herausforderungen: gezielte Förderung von Schulen durch zusätzliche Sozial- und Förderpädagoginnen und -pädagogen
- Schaffung eines verlässlichen Bildungs- und Betreuungsangebots für alle Grundschulkin-der von 7:30 bis 17:00 Uhr in Vorbereitung auf den vom Bund geplanten Rechtsanspruch (Umsetzung durch kontinuierlichen Ausbau des Ganztagsschulprogramms)
- Ermöglichung von mehr Innovation und Gestaltungsmöglichkeiten für mehr Qualität und individuelle Förderung durch pädagogisch selbstständige Schulen
- Gewährleistungen der Unterrichtsversorgung trotz bundesweitem Lehrermangel
- Entlastung der Lehrkräfte von Verwaltungsaufgaben durch Stärkung der Schulsekretariate
- Kostenfreiheit für die Ausbildung in den Gesundheitsberufen
- Abschluss des neuen Bund-Länder-Hochschulpakts und damit Sicherung einer wesent-lichen Finanzierungsgrundlage unserer Unis und Hochschulen für Angewandte Wissen-schaften (HAW)

- Neuer hessischer Hochschulpakt mit jährlich 4%-Steigerung des Grundbudgets u.a. zur Verbesserung der Studierenden/Professor*/-innen-Relation
- Verbesserung der Beschäftigungsverhältnisse in den Hochschulen mit dem „Kodex für gute Arbeit“ und den „Grundsätzen zur Beschäftigung des wissenschaftlichen Personals“ der Hochschulen für Angewandte Wissenschaften
- Ausbau der Promotionsmöglichkeiten an den Hochschulen für Angewandte Wissenschaften durch Promotionszentren forschungstarker Fachbereiche
- Weitere Modernisierung und energetische Sanierung der Hochschulbauten, u.a. durch Aufstockung des Programms Heureka und den Erwerb von Grundstücken für den Neubau der Hochschule für Gestaltung Offenbach

Menschen in besonderen Lebenssituationen unterstützen, Teilhabe von allen fördern

Nicht alle Menschen stehen auf der Sonnenseite des Lebens. Viele sind in unterschiedliche Phasen ihres Lebens auf die Unterstützung und Solidarität der Gesellschaft angewiesen. Sie brauchen Unterstützung in einer besonderen Lebenssituation, Ermutigung oder Unterstützung in ihrem Engagement, passgenaue Hilfe, um wieder am Arbeitsmarkt und/oder der Gesellschaft teilhaben zu können oder Förderangebote, um ihr Leben wieder selbst in die Hand nehmen und selbstbestimmt führen zu können. Hierfür haben wir das hessische Sozialbudget geschaffen. Mit ihm werden Initiativen, Vereine und Projekte verlässlich und dauerhaft im Landeshaushalt abgesichert unterstützt, die sich genau um diese Menschen kümmern. Zusammen mit weiteren Programmen wollen wir so unter Beweis stellen, dass sich die Stärke einer Gesellschaft immer auch am Umgang mit Schwachen zeigt und die Teilhabe aller an unserer Gesellschaft fördern.

Die nächsten Schritte (bereits umgesetzt oder ab 2020 geplant):

- Weiterentwicklung des hessischen Sozialbudgets und jährliche Erhöhung der Mittel
- Gezielte und passgenaue Unterstützung für Menschen in sozialen Brennpunkten durch Erhöhung der Mittel für die Gemeinwesenarbeit
- Bessere Unterstützung der Vereine, Initiativen und Projekte im Bereich Sport, Wohlfahrt, Jugendarbeit und Ehrenamt (Destinatäre) durch zehn prozentige Erhöhung der Mittel
- Verbesserungen beim Landesblindengeldgesetz und Vorbereitung für ein Landesgehörlosengeld
- Rechtssicherheit für ehrenamtliche Flüchtlingspatinnen und -paten, so dass sie nicht auf den Kosten für ihr besonderes Engagement sitzenbleiben
- Unterstützung der unabhängigen Verfahrensberatung für Flüchtlinge aus Landesmitteln
- Weiterentwicklung der Aktionspläne zum Schutz von Frauen vor Gewalt und Umsetzung der Istanbul-Konvention
- Flächendeckende Umsetzung der Beweissicherung nach einer Vergewaltigung, ohne dass dafür Anzeige erstattet werden muss

- Kostenfreier Zugang zu Hygiene- und Verhütungsmitteln für Menschen mit geringem Einkommen
- Einführung einer Wohnungsnotfallstatistik

Gleichwertige Lebensverhältnisse: bezahlbarer Wohnraum und Daseinsvorsorge

Wir wollen, dass sich alle Menschen unabhängig von ihrem Wohnort in Hessen wohlfühlen können. Gleichwertige Lebensbedingungen zwischen Stadt und Land sind dafür die Voraussetzung. Gleichwertig bedeutet dabei nicht identisch. Es geht nicht darum das Land zur Stadt und die Stadt zum Land zu machen. Vielmehr sollen die Menschen entscheiden können, wo sie leben möchten und ob für sie die jeweiligen Vorteile des Land- und Stadtlebens überzeugender sind. Stadt und Land stehen vor unterschiedlichen Herausforderungen und brauchen auch unterschiedliche politische Antworten. In den Städten geht es vor allem um bezahlbaren Wohnraum und den Erhalt von Lebens- und Aufenthaltsqualität trotz hoher Verdichtung. Auf dem Land hingegen fehlt es meist nicht an Platz und Natur, sondern hier gilt es, öffentliche Einrichtungen und ein notwendiges Mindestmaß an Infrastruktur aufrecht zu erhalten.

Die nächsten Schritte (bereits umgesetzt oder ab 2020 geplant):

- Mit dem „Großen Frankfurter Bogen“ haben wir ein Programm vorgelegt, wie im Großraum Rhein-Main ein Potenzial von 200.000 neuen Wohnungen gehoben werden kann. Dabei denken wir Wohnraumentwicklung und ÖPNV erstmal systematisch zusammen, so dass der Frankfurter Hauptbahnhof von diesen Wohnungen in maximal 30 Minuten zu erreichen ist
- Bereitstellung eines Fördervolumens des Landes von 2,2 Milliarden Euro für den Bau von geförderten Wohnungen – kein Antrag auf Förderung des sozialen Wohnungsbaus scheitert in Hessen am Geld
- Baulandoffensive um die Kommunen bei der Erschließung von neuem Bauland zu unterstützen
- Damit Sozialwohnungen länger Sozialwohnungen bleiben, erhöhen wir die Mittel zum Kauf von Belegungsrechten von 4 auf 14 Millionen Euro
- Mietpreisbremse für Neuvermietungen und bei bestehenden Verträgen
- Ausweitung der Kündigungssperrfrist auf 8 Jahre
- Genehmigungsvorbehalt für die Kommunen bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen
- Bessere Förderung von genossenschaftlichem Bauen
- Konzeptvergabe als Regel bei landeseigenen Grundstücken
- Ausweitung des Wohnungsangebots der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft Nassauische Heimstätte von 60.000 auf 75.000 Wohnungen
- Mietpreisbegrenzung bei der Nassauischen Heimstätte
- Aktionsplan für den Ländlichen Raum mit den Schwerpunkten Arbeiten, Wohnen, Grundversorgung, Mobilität und Digitalisierung

- Stärkung der Regionalentwicklung durch Förderung von Kleinstunternehmen und ländlichem Tourismus
- Weitere Verlagerung von Arbeitsplätzen des Landes auf das Land und Stärkung der Möglichkeiten zur Tele-Arbeit
- Planungen zur Reaktivierung von Bahnstrecken wie der Lumdatalbahn oder der Horlofftalbahn
- Förderung von Bürger-Bussen zur Ergänzung der Mobilität auf dem Land
- Stärkung der gesundheitlichen Versorgung im ländlichen Raum durch Förderung regionaler Gesundheitszentren, Förderung von Gemeindeschwestern und medizinische Versorgungszentren

Alle gehören dazu, keiner wird ausgegrenzt

Die Menschen in Hessen sind bunt und unterschiedlich. Es wäre ja auch langweilig, wenn alle gleich wären. Was uns verbindet, ist, dass wir alle Menschen sind und alle die gleichen unveräußerlichen Rechte haben. Die Würde des Menschen ist unantastbar, niemand darf aufgrund seines Alters, Geschlechts, Religion bzw. Weltanschauung, sexueller Orientierung, einer Behinderung oder seiner Herkunft diskriminiert werden. Alle gehören dazu. Obwohl unser Grundgesetz in diesen Fragen so eindeutig ist, bedarf es immer wieder dauerhafter Anstrengungen, um aus dem Verfassungstext auch die gelebte Wirklichkeit in unserem Land zu machen.

Die nächsten Schritte (bereits umgesetzt oder ab 2020 geplant):

- Erfolgreiche Bundesratsinitiative zum Verbot von Konversionstherapien in Bezug auf die sexuelle Orientierung
- Keine Mahnwachen mehr vor Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen
- Die Beauftragte oder der Beauftragte für Menschen mit Behinderung wird sich künftig hauptamtlich und damit noch intensiver um ihre bzw. seine Aufgaben kümmern können
- Inklusives Wahlrecht durch Beseitigung von Wahlrechtsausschlüssen für Menschen mit Behinderungen
- Mit einer Kampagne werden wir die Arbeit der landesweiten Antidiskriminierungsstelle noch bekannter machen
- Etablierung der regionalen LSBT*IQ-Netzwerke und der Netzwerke gegen Diskriminierung
- Der Aktionsplan Akzeptanz und Vielfalt wird finanziell besser ausgestattet
- Wir werden die lesbische Sichtbarkeit fördern und einen Preis für besonders couragierte Lesben ausloben

Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Durch einen ökologischen und sozialen Aufbruch geben wir Antworten auf zentrale Fragen unserer Zeit und leisten so einen Beitrag, zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Gleichzeitig wird dieser Zusammenhalt durch weitere Herausforderungen bedroht. Elementare Grundsätze unserer Demokratie, unseres Rechtsstaats und des zwischenmenschlichen Umgangs werden von rechten oder rechtsextremen Kräften in Frage gestellt. Gerade im Jahr 2019 hat sich auf erschreckende Weise gezeigt, dass aus rechtsextremen Gedanken, rechtsextreme Worte werden und rechtsextreme Worte zu mörderischen Taten werden können. Dieser Entwicklung und der Vergiftung des gesellschaftlichen Klimas müssen sich alle Demokratinnen und Demokraten entschieden entgegenstellen. Wir treten ein für ein vielfältiges, buntes, demokratisches und freiheitliches Hessen, in dem jede und jeder frei von Bedrohungen und Angst leben und sich entfalten kann. Wir wollen engagierte, kontroverse, strittige und leidenschaftliche Diskussion über den richtigen Weg für unser Land. Bei Hass und Hetze verläuft aber eine klare Grenze. Dafür gibt es in unserem Land keinen Platz.

Die nächsten Schritte (bereits umgesetzt oder ab 2020 geplant):

- Schaffung einer Ombudsstelle beim Landtag für Bürgeranliegen und Belange der Polizei (in 2020)
- „Hessen gegen Hetze“: Aktionsprogramm gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Hate Speech
- Aufbau eines Meldesystems für Online-Hetze
- Ausweitung der Mittel für das „Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“
- Erleichterung der Bürgerbeteiligung durch Absenkung des Zustimmungsquorums für Volksbegehren auf Landesebene von zwanzig auf fünf Prozent, Halbierung der notwendigen Stimmen für die Zulassung eines Volksbegehrens von zwei auf ein Prozent der Stimmberechtigten und Verlängerung der Frist zum Sammeln von Unterschriften von zwei Monaten auf sechs Monate
- Stärkung der personellen und sächlichen Ausstattung von Polizei und Justiz
- Aufstockung der Zentralstelle zur Bekämpfung der Internet- und Computerkriminalität (ZIT)
- Einrichtung des vierten Hauses des Jugendrechts
- Einführung des Dialogforums Islam, um den Austausch mit den vielfältigen muslimischen Religionsgemeinschaften zu verstetigen
- Entwicklung eines Masterplans Kultur und Überarbeitung der Filmförderrichtlinien für bessere Nachwuchsförderung sowie mehr soziale und ökologische Nachhaltigkeit
- Ausweitung der Kulturförderung (u.a. Soziokultur und freie Theater, Atelierprogramm, Asta Nielsen Kinothek, Archiv der Deutschen Frauenbewegung, Archiv Frau und Musik)

GRÜN wirkt auch in allen anderen Themen weiter

Ökologische und sozialer Aufbruch sowie gesellschaftlicher Zusammenhalt sind die übergreifenden Klammern, die unser Handeln in und für Hessen prägen. Natürlich lässt sich in einer komplexen Welt nicht alles unter diese Klammer fassen. Deshalb wirkt GRÜN auch in allen anderen Bereichen der Landespolitik weiter. Ob Wirtschaft, Digitalisierung, Kultur, Europa oder Finanzen – überall gehen wir den Weg für ein grünes und gerechtes Hessen konsequent weiter.

Die nächsten Schritte (bereits umgesetzt oder ab 2020 geplant):

- Schaffung eines eigenen Untersuchungsausschussgesetzes
- Einführung eines Lobbyregisters für den Landtag
- Interrailtickets für Jugendliche zur Förderung des europäischen Austauschs
- Mit der Gigabitstrategie und dem Ausbau des Mobilfunknetzes treiben wir den Ausbau schneller Internetzugänge voran und schließen Lücken in der Netzabdeckung
- Bessere Unterstützung der Kommunen bei der Online-Bereitstellung ihrer Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger durch Mittel aus dem Programm „Starke Heimat“
- Unterstützung der Hessischen Erfolgsbranchen Kultur- und Kreativwirtschaft sowie des Sozialunternehmertums
- Förderung Künstliche Intelligenz (KI): Einrichtung eines KI-Data-Lab
- Förderung von Start-Ups im Bereich technologieaffiner Hightech Unternehmen und innovativer Geschäftsmodelle mit dem neuen Wachstumsfonds „Futury Growth Fund“ mit einem Gesamtvolumen von 200 Millionen Euro, davon 30 Millionen Landesmittel
- Gezielten Unterstützung von Investitionen und Gründungen, die Umwelt und Gesellschaft zugutekommen, z.B. indem der Kapitalzugang für Kleinunternehmen und gGmbH deutlich verbessert wurde
- Divestment: Beitritt des Landes Hessen als erste deutsche Gebietskörperschaft zu den „Principles for Responsible Investment“
- Anlage von Landesvermögen nur noch in nachhaltigen Finanzprodukten (Vorarbeiten haben bereits begonnen)
- Runder Tisch „Zukunftsprogramm Geburts- und Hebammenhilfe in Hessen“
- Verbesserung der Patientensicherheit in Krankenhäusern durch die Berufung von Patientensicherheitsbeauftragten in den hessischen Krankenhäusern